

## **Neue Rhetorik zu einer alten Geschichte**

von Anne Ames

### *Armut wächst seit 25 Jahren*

Seit mehr als 25 Jahren wächst die Zahl der Erwerbslosen und damit auch die Zahl der Armen in Deutschland kontinuierlich. 1980 wurden in Westdeutschland 889 000 Arbeitslose registriert, 1990 waren es 1,9 Millionen. 1991, nach der „Wende“, betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen im gesamten Bundesgebiet 2,6 Millionen. Sie stieg kontinuierlich auf 4,86 Millionen in 2005. Die verdeckte Arbeitslosigkeit und die stille Reserve sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit wuchs vor allem auch die Zahl der Menschen, die über längere Zeit keine Erwerbsarbeit mehr finden konnten und deshalb nur noch Arbeitslosenhilfe bekamen. Sie betrug nicht einmal mehr 60 Prozent des letzten Nettogehaltes der Betroffenen. Für viele, die nicht zu den besser Verdienenden gehören, zu wenig zum Leben.

Ebenso wuchs mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit die Zahl derjenigen, denen schon der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt blieb, obwohl ihnen andere Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes fehlen: zum Beispiel Geschiedene, die sich während der Ehe auf die Familienarbeit konzentriert hatten, junge Menschen nach der Ausbildung, Menschen nach Lebenskrisen. Sie konnten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erwerben, sondern waren auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, also auf Sozialhilfe im engeren Sinne angewiesen. 1980 betraf dies in Westdeutschland 850 000 Menschen, 1990 waren es bereits knapp 1,8 Millionen. Nach der Vereinigung stieg die Zahl in ganz Deutschland weiter: von 2 Millionen 1990 auf 2,9 Millionen 2004.

Je mehr Menschen zeitweise oder auf Dauer ohne Erwerbsarbeit waren, desto mehr wurden die sozialen Sicherungsleistungen reduziert. So wurden zum Beispiel die Sozialhilfesätze bereits in den 90er Jahren immer weiter von der tatsächlichen Entwicklung der Lebenshaltungskosten abgekoppelt und weitgehend eingefroren. Arbeitslosen- und Sozialhilfe schützten schon lange nicht mehr vor Armut.

Auch Erwerbsarbeit schützt nicht mehr davor. Bereits 2004 arbeiteten etwa 3,4 Millionen Menschen in Deutschland nicht nur zu Niedrig-, sondern zu Armutslöhnen. Sie verdienten also weniger als 7,19 Euro pro Stunde in Westdeutschland beziehungsweise 5,22 Euro in Ostdeutschland.<sup>1</sup>

### *Hartz IV treibt die gesellschaftliche Ausgrenzung der Erwerbslosen auf die Spitze*

Auf die Spitze getrieben wurde die Verarmung der Menschen, die keine Erwerbsarbeit haben oder damit nicht genug zum Leben verdienen, durch Hartz IV. Arbeitslosengeld II ist Sozialhilfe auf schlechterem Niveau als die Leistungen nach dem bis Ende 2004 geltenden Bundessozialhilfegesetz. Durch den weitgehenden Wegfall der einmaligen Beihilfen bekommen insbesondere Kinder und Jugendliche, die auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind, deutlich weniger als sie bekämen, wenn das BSHG noch gelten würde.<sup>2</sup> Ab dem nächsten Jahr wird die Situation der Betroffenen noch schlimmer. Die Regelsätze werden auch dann nicht erhöht, obwohl die Energiekosten, die Kosten für die Gesundheitssicherung und wegen der Mehrwertsteuererhöhung wahrscheinlich die meisten Preise steigen.

Überdies wird den Menschen nicht nur schon von Gesetzes wegen zu wenig Geld zum Leben zugestanden. Viele von ihnen bekommen nicht einmal dieses zu Wenige zuverlässig, weil desorganisierte Behörden und schlecht informierte Mitarbeiter zustehende Leistungen nicht oder nicht rechtzeitig gewähren.

Die Chance, existenzsichernde Erwerbsarbeit zu finden, die vom staatlichen Tropf unabhängig macht, oder doch wenigstens die Chance, die Zeit der Erwerbslosigkeit für berufliche und persönliche Weiterbildung zu nützen, hat sich weiter verschlechtert, seit das SGB II in Kraft ist. Der Abbau versicherungspflichtiger Arbeitsplätze hält an. Die Arbeitszeiten derer, die noch erwerbstätig sind, werden eher erhöht als vermindert, so dass eine andere Verteilung der Erwerbsarbeit in immer weitere Ferne rückt.

Eine berufliche Förderung von Menschen, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, findet immer weniger statt. Während 2004 noch 5,5 Milliarden für die berufliche Eingliederung von Sozial- und Arbeitslosenhilfebeziehern von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen gezahlt wurden, wurden 2005 für die Eingliederung von Arbeitslosengeld II-Beziehern nur 3,6 Milliarden ausgegeben. Auch in diesem Jahr wird der Betrag unter dem von 2004 bleiben.

Diese Verhältnisse lassen die betroffenen Menschen Ohnmacht spüren. Viele sehen sich der Möglichkeiten beraubt, ihre Lebenssituation zu ändern und ihre Probleme zu bewältigen. Sie fühlen sich von Politik und Gesellschaft im Stich gelassen und leiden unter Zukunftsangst. Die Betroffenen fühlen sich also weitgehend so, wie die jüngst in Auszügen veröffentlichte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gesellschaft im Reformprozess“ die Gefühle des „abgehängten Prekariats“<sup>3</sup> beschreibt.

Aber die durch und mit Hartz IV Verarmten und ins gesellschaftliche Abseits Geschobenen sind eine Bevölkerungsgruppe, die hinsichtlich der demografischen Merkmale, der beruflichen Situation und der beruflichen Orientierung weitaus vielfältiger ist als das „abgehängte Prekariat“, das die Studie als einen von neun „politischen Typen“<sup>4</sup> ausfindig gemacht hat. Zu den Hartz-IV-Opfern gehören zum Beispiel auch viele gut qualifizierte Menschen, und es gehören ebenso viele Frauen wie Männer dazu. Letzteres gilt jedenfalls, wenn man die Frauen, die unter Verweis auf das Einkommen ihrer Partner gar keine eigenständige Sicherung mehr bekommen, nicht einfach übersieht.

#### *Menschen brauchen Bildung, soziale Infrastruktur und verfügbare Einkommen*

Nichts trägt Kurt Becks Entdeckung einer neuen und/oder wachsenden Unterschicht dazu bei, die Folgen der Verarmung eines stetig größeren Anteils der Bevölkerung zu erhellen, - die Ursachen schon gar nicht. Wenn sich immer mehr Erwerbslose und Geringverdiener mit ihrer Situation zu arrangieren versuchen, sich nicht mehr um „sozialen Aufstieg“ bemühen, weil sie nicht mehr darauf hoffen, ihn zu schaffen, dann tun sie eben das, was Arbeitgeber, Politik und Arbeitsverwaltung ihnen nahe legen.

Aber Becks Entdeckung kam offenbar sehr gelegen als argumentative Folie, auf der in den letzten Tagen immer häufiger behauptet wird, mangelnde Einkommen seien nicht das eigentliche Problem der Unterschicht. „Es gibt einen harten Kern sozialer Armut, in dem fehlende Teilhabe an Bildung, Sprach- und Verhaltensprobleme, Krankheiten und Distanz von der Teilhabe am demokratischen Leben zusammenkommen. Mit höheren oder geringeren Geldzahlungen lösen wir diese verfestigte Armut nicht auf“, so Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD, am 21. Oktober 2006 in der Frankfurter Rundschau.

Recht hat er. Freilich brauchen Arme einen niedrighschwelligen und kostenlosen Zugang zu Bildung, Information, Gesundheitsdienstleistungen und Möglichkeiten der Teilhabe am öffentlichen Leben. Freilich brauchen gerade Kinder aus Familien, die schon seit Generationen in Armut und der damit verbundenen Hilflosigkeit und Resignation gefangen sind, Unterstützung für eine von ihrer Herkunftsfamilie weitgehend unabhängige persönliche Entwicklung. Die Politik wirkt seit langem in die gegenteilige Richtung.

Sie sorgte nicht nur dafür, dass immer mehr Menschen dauerhaft verarmen. Sie sorgte und sorgt ja auch dafür, dass der Staat und die Kommunen verarmen, indem sie die Unternehmen und die Vermögenden aus ihrer finanziellen Verantwortung für das Gemeinwesen weitgehend entließ und noch weiter entlassen will.<sup>5</sup> Ohne eine andere Steuerpolitik fehlen dem Staat die Mittel, die er in Bildung und soziale Infrastruktur investieren müsste

Aber auch, wenn die Politik endlich in Bildung für alle Altersgruppen und in soziale Infrastruktur investierte, anstatt Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen und öffentliche Einrichtungen zu privatisieren, wenn sie tatsächlich den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen erleichtern würde anstatt ihn zu verteuern, würde dies nicht genügen, um die gesellschaftliche Integration aller Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen zu gewährleisten. Zusätzlich müssten zum Beispiel Familien über das nötige Geld verfügen, um ihre Kinder gut ernähren und kleiden zu können, um ihnen Spiel- und Lernmaterial kaufen zu können, um Ausflüge mit den Kindern machen zu können. All das und mehr können Familien, die von Arbeitslosengeld II oder mit einem Einkommen auf diesem Niveau leben müssen, nicht.

Menschen brauchen keine „Aufstiegschancen“, - auch das ein Wort, das in der Diskussion der letzten Tage wieder Konjunktur bekam. Denn sozialen Aufstieg kann es nur geben, wo es ein soziales Unten und Oben gibt. Menschen brauchen Gesundheit, Bildung, die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten entwickeln und einsetzen zu können. Sie brauchen gesellschaftliche Beteiligung und Wertschätzung. Und sie brauchen Freude am Leben. Das alles wird ihnen verwehrt, wenn sie von Arbeitslosengeld II oder als Niedriglöhner leben müssen.

---

<sup>1</sup> Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen, „Jeder 5. arbeitet unter der Niedriglohnschwelle“, in: Informationsdienst Wissenschaft am 11.1.2006, Internet: [idw-online.de](http://idw-online.de)

<sup>2</sup> Rainer Roth/Harald Thomé, Leitfaden Alg II/Sozialhilfe von A-Z, Frankfurt am Main 2005, S. 180

<sup>3</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesellschaft im Reformprozess, S. 81ff, Internet: [www.fes.de](http://www.fes.de)

<sup>4</sup> ebenda, S. 1

<sup>5</sup> vgl. L. Jarass/G.M. Obermair, Unternehmenssteuerreform 2008, Internet: [www.jarass.com/Steuer/A/Ust%20Bemessung%20Voruntersuchung.pdf](http://www.jarass.com/Steuer/A/Ust%20Bemessung%20Voruntersuchung.pdf)